Wildbader Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung

Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1.40 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr monatlich 1.76 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtssparkasse Neuenbürg Zweigstelle Wildbad. — Bankkonto: Enztalbank Häberle & Co., Wildbad; Pforzheimer Gewerbebank Filiale Wildbad. — Postscheckkonto 291 14 Stuttgart.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum im Bezirk Grundpreis 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Reklamezeile 50 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Auskunftserteilung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluß der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Konkursfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachlaßgewährung weg.

Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Gack, Wildbad i. Sch. Wilhelmstraße 86, Telephon 479. — Wohnung: Haus Vollmer

Nummer 7 | Fernruf 479 | Montag den 11. Januar 1932 | Fernruf 479 | 67. Jahrgang.

Der amerikanische Schritt in Tokio

Die mandschurische Frage hat eine Wendung genommen, deren internationale Folgen noch nicht abzusehen sind. Die Vereinigten Staaten haben an Japan und China eine Note gerichtet, in der sie unter Berufung auf den Neun-Mächte-Vertrag und den Kellogg-Pakt ihre Vertragsrechte in der Mandschurei betonen. Damit nehmen die Amerikaner eine stark betonte Haltung ein, die von der überaus schwächlichen Politik des Völkerbunds deutlich absticht, wenn sie auch, zunächst wenigstens, noch keine Aktivität entfalten; aber die weiten Horizonte der mit Spannungen geladenen Politik um den Stillen Ozean öffnen sich mit einem Schlag.

Seit dem Einmarsch der Japaner in der Mandschurei haben Tokio und Washington lebhaft Noten ausgetauscht, wobei die Japaner immer wieder die „Berechtigung" ihres Vorgehens und die „Wahrung der internationalen Rechtslage" versicherten. Auf der andern Seite hat die Nankinger Regierung in Washington mehr noch als in Moskau Rat und Hilfe gesucht. Bereits vor der zweiten Tagung des Völkerbundrats haben am 12. Oktober v. J. die Vereinigten Staaten nach Genf eine Note gerichtet, in der sie den Völkerbund aufforderten, in seiner Ueberwachung der Lage im Fernen Osten in keiner Weise nachzulassen. Das geschah damals schon unter Berufung auf den Neun-Mächte-Vertrag und den Kellogg-Pakt; und nach der Genfer Tagung hat Amerika wiederum in verschiedenen Noten auf die für Japan aus den Verträgen erwachsenen Pflichten aufmerksam gemacht.

Der sogenannte Neun-Mächte-Vertrag ist während der Washingtoner Konferenz am 6. Februar 1922 von Amerika, Belgien, Großbritannien, China, Frankreich, Italien, Japan, den Niederlanden und Portugal unterzeichnet worden, also auf einer internationalen Konferenz, an der Deutschland nach dem Weltkrieg noch ausgeschlossen war. Die unterhandelnden Mächte, die gleichzeitig über die Begrenzung der Seerüstungen und über die gegenseitige Anerkennung ihres Besitzstandes im Stillen Ozean verhandelten, beschlossen über das während des Weltkrieges von den japanischen Nachbarn stark bedrängte China folgendes:

1. Die Souveränität, die Unabhängigkeit und die Unversehrtheit Chinas zu achten;
2. China die vollste und uneingeschränkteste Gelegenheit zu geben, eine wirksame und beständige Regierung zu bilden und aufrechtzuerhalten;
3. den Einfluß der Vertragsmächte dahin geltendzumachen, daß der Grundsatz der Gewährung von gleicher Betätigungsmöglichkeit für Handel und Industrie aller Nationen auf dem ganzen Gebiet Chinas tatsächlich in Wirksamkeit gesetzt und aufrechterhalten wird;
4. davon Abstand zu nehmen, die Verhältnisse in China zur Erwerbung von besonderen Rechten oder Privilegien, welche die Rechte von Staatsangehörigen befreundeter Staaten beeinträchtigen würden, auszunutzen und die Sicherheit dieser Staaten bedrohende Handlungen zu begünstigen.

Es geht den Vereinigten Staaten also, wenn sie den Neun-Mächte-Vertrag anführen, um die „offene Tür" in China, die man in Washington schon damals bei den Verhandlungen im Auge hatte.

Unter diesem Gesichtspunkt ist auch der Zeitpunkt des Eingreifens der Amerikaner zu verstehen. An dem Tag, wo die japanischen Streitkräfte die Große Mauer erreichten und, wie in der Note selbst ausgeführt wird, „die letzten Reste der behördlichen Autorität Chinas in der Mandschurei zerstört" worden sind, tritt Amerika auf den Plan, wohlgemerkt, nachdem der Zwischenfall in Mukden, wo der amerikanische Konsul Chamberlin mißhandelt worden war, die mandschurische Frage auch in den breiten Massen der Vereinigten Staaten populär gemacht hat. Hinter der Anmeldung der amerikanischen Ansprüche durch den Neun-Mächte-Vertrag steht aber der Hinweis auf den Kelloggschen Kriegsächtungspakt, der nach Stimsons Auslegung jederzeit auch als „positive" Verpflichtung angesehen werden kann.

In Washington wird man sich darüber keiner Täuschung hingeben, daß man zwar die eigenen Ansprüche gerade noch zur rechten Zeit angemeldet hat, aber trotzdem im Augenblick wenig unternehmen kann, um sie durchzufechten, falls die Japaner offenen Widerstand dagegen setzen. Es wäre töricht, etwa aus den geheimnisvollen Manövern der Pazificflotte ohne weiteres auf kriegerische Verwicklungen zu schließen. Die Mandschurei ist heute in japanischem Besitz, und wenn es den Amerikanern nicht gelingt, — was bei der heutigen Weltlage sehr zweifelhaft ist —, zur Wahrung des Neun-Mächte-Vertrags die übrigen Unterzeichner mobilzumachen, wird es ihnen vorbehalten bleiben, der japanischen Katze in der Mandschurei die Schelle anzuhängen. Aber bis zu einem Erfolg Chinas wird angesichts der starken militärischen Stellung Japans noch ein weiter diplomatischer Weg sein, obwohl der amerikanische Schritt im Hinblick auf den bevorstehenden Zusammentritt des Völkerbunds am 25. Januar in Genf für den chinesischen Vertreter eine starke Rückendeckung bedeutet. Trotzdem beginnt mit der offenen diplomatischen Einmischung der Vereinigten Staaten in den mandschurischen Streit ein neuer Abschnitt.

Tagesspiegel

Reichsbankpräsident Dr. Luther ist zu den Beratungen des Verwaltungsrats der BIZ. in Basel eingetroffen. Er wird bei dieser Gelegenheit die Verlängerung des der Reichsbank gewährten Kredits von 100 Mill. Dollar um drei Monate beantragen.

Der Pariser „Temps" schreibt, mit seiner Forderung der Amtsverlängerung Hindenburgs treibe der Reichskanzler Brüning ein doppeltes Spiel, weil er sich an Hitler gewandt habe. Das „Journal des Debats" hat die Unverschämtheit, zu behaupten, wer in Deutschland für Hindenburgs Wiederwahl sei, sei ein Gegner des Friedens.

Auf den Wunsch Frankreichs ist der Beginn der Reparationskonferenz in Lausanne auf den 25. Januar verschoben worden.

Die polnische Regierung hat kürzlich unter Bruch der Verträge 70 deutsche Familien, die seinerzeit die Beibehaltung der Reichszugehörigkeit gewählt haben (sogenannte Optanten) aus dem Korridorgebiet ausgewiesen. Der deutsche Generalkonsul in Thorn hat hiegegen beim Wojwoden Beschwerde erhoben. Die Reichsregierung prüft zurzeit den Bericht des Generalkonsuls und wird dann weitere Schritte tun.

Der Verband der Polen in Lettland ist wegen politischer Umtriebe von der lettländischen Regierung aufgelöst worden.

Das in Paris erscheinende russische Blatt berichtet, alle Anstalten seien getroffen, um im Frühjahr einen Krieg Japans gegen Rußland zu entfesseln. Japan soll von Frankreich und England unterstützt werden.

Wie aus London gemeldet wird, beabsichtigt die englische Regierung nicht, sich dem amerikanischen Einspruch gegen das Vorgehen Japans anzuschließen. Noch weniger wird Frankreich es tun, das mit Japan bekanntlich einen Geheimvertrag über die Verteilung gewisser chinesischer Gebiete abgeschlossen haben soll.

Da Japan durch den chinesischen Boykott japanischer Waren ungeheure Verluste erleidet, denkt man in Tokio an scharfe Gegenmaßnahmen, sogar an eine Blockade der chinesischen Häfen.

Verzweifelte Schritte Chinas

Nanking, 10. Jan. Der Vollzugsausschuß der Kuomintang-Partei ist einberufen worden, um die durch die amerikanische Note geschaffene Lage zu beraten. Wie verlautet, beabsichtigt die chinesische Regierung, die diplomatischen Beziehungen zu Japan abzubrechen und ihren Vertreter in Tokio abzuberufen. Sie wolle sich an den Völkerbund wenden, um ihn zu veranlassen, auf Grund des Artikels 16 der Völkerbundssatzung wirtschaftliche Strafmaßnahmen gegen Japan zu treffen. Ferner sollen die Staaten, die den Kelloggpakt und den Neunmächte-Vertrag unterzeichnet haben, aufgefordert werden, eine Konferenz einzuberufen.

Deutschland kann nicht mehr zahlen

London, 10. Jan. Unter der Ueberschrift „Deutschlands Ultimatum" veröffentlicht der „Star" ein Reutter-Telegramm aus Berlin über den Besuch des englischen Botschafters Sir Rumbold beim Reichskanzler Dr. Brüning am Freitag nachmittag. Hierbei verständigte der deutsche Kanzler den englischen Botschafter davon, daß **Deutschland weder jetzt noch in Zukunft irgendwelche Reparationen zahlen könne**, wenn das wirtschaftliche Leben der Welt wieder belebt werden solle. Die deutsche Abordnung müsse auf der Lausanner Konferenz dringend für die **vollständige Streichung der Reparationen** eintreten.

Die Ansicht Dr. Brünings und seiner Kabinettskollegen über die Reparationen sei wiederholt den ausländischen Delegationen gegenüber erklärt worden. Auch die Presse habe das der Oeffentlichkeit gegenüber getan. Man weise in zuständigen Kreisen in Berlin darauf hin, daß das geborgte Geld, mit dem Deutschland bisher seine Reparationen bezahlt hätte, da es nicht für produktive Zwecke verwendet worden sei, tot wäre. **Das deutsche wirtschaftliche Leben stehe jetzt am Rand des Zusammenbruchs.** Dieser würde sicherlich ganz unvermeidlich werden, wenn ein Versuch gemacht würde, Deutschland Reparationslasten aufzuerlegen. Wenn Deutschland dagegen von diesen Lasten befreit würde, so würde es in der Lage sein, seine privaten Schulden zu gegebener Zeit zu begleichen. Aber es könne unmöglich diese und die Reparationen zusammen bezahlen.

Pflege Deinen Hals täglich ... gurgle trocken mit Wybert

es gehört das zur Hygiene wie das Putzen Deiner Zähne!

Keynes über Tribut- und Währungsfragen

Hamburg, 10. Jan. Im großen Saal des Ueberseeklubs sprach am Freitag abend der englische Finanz- und Wirtschaftssachverständige Prof. Keynes-Cambridge über Währungs- und Tributfragen. Keynes führte u. a. aus: Ich bin der Ansicht, daß Großbritanniens Abkehr vom Goldstandard ein Segen für die ganze Welt war. Ich halte es für sehr wahrscheinlich, daß im Lauf dieses Jahrs weitere Währungen sich der Sterlinggruppe anschließen werden, insbesondere Südafrika, Deutschland und die mitteleuropäischen Länder, und möglicherweise auch Holland im Schlepptau Javas. Das Tributsystem sei ein verhängnisvoller Irrtum gewesen.

Die Frage der Amtsverlängerung

Berlin, 9. Jan. Die Besprechungen Dr. Hugenbergs mit den Führern des Stahlhelms haben völlige Uebereinstimmung ergeben. Hitler hatte am Samstag mittag wieder eine einstündige Besprechung mit dem Reichskanzler. Ueber die Unterredung wird Hitler den anderen Führern der nationalen Opposition berichten. Die Antwort für den Kanzler wird dann dem Kanzler schriftlich übermittelt werden.

Wie mitgeteilt, hat die nationale Opposition, dem Wunsch des Reichspräsidenten entsprechend, keine Bedingungen gestellt. Es müßten sich jedoch für den Fall, daß die nationale Front dem Wunsch der Reichsregierung auf Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten entspricht, bestimmte Folgerungen auf außenpolitischem Gebiet ergeben.

Berlin, 10. Jan. Die Deutschnationale Volkspartei im Wahlkreis Berlin veranstaltete am Freitag acht Versammlungen, die außerordentlich stark besucht waren. Im Nationalhof erklärte der Redner, Abg. Brosius, Pressechef der Partei, wenn der Zweck der Reichsregierung bei der von ihr jetzt verlangten Amtsverlängerung des Reichspräsidenten wirklich der wäre, daß sie eine verfassungsmäßige Präsidentenwahl durch Volksabstimmung während der außenpolitischen Verhandlungen vermeiden wolle, dann hätte sie diesen Schritt drei Monate früher unternehmen müssen, ehe diese Verhandlungen angefangen wurden. Heute sei das Vorgehen der Regierung lediglich als ein Versuch, die Regierung Brüning zu halten, beurteilt werden, indem der Reichstag ihr gewissermaßen durch die Amtsverlängerung des Reichspräsidenten eine Vertrauenserklärung ausstelle. Die Regierung wisse aber ganz genau, daß die ganze nationale Opposition dieses Vertrauen zu ihr nicht habe. Die Regierung würde der Nation einen größeren Dienst erweisen, wenn sie noch vor der Konferenz von Lausanne zurücktreten würde.

In den übrigen Verhandlungen wurde die Politik der Notverordnungen aufs schärfste angegriffen und in Entschließungen verlangt, daß in den kommenden Verhandlungen keine „Zwischenlösung" angenommen werden dürfe.

Berlin, 10. Jan. In einer Versammlung der republikanischen „Eisernen Front" erklärte Regierungsrat Muhle vom Reichsbanner, der unlängst von der Demokratie zur Sozialdemokratie übergetreten ist, es sei unverständlich, daß der Reichskanzler mit Hitler verhandle. Hitler sollte ausgewiesen werden. Wenn er zur Macht käme, würde das den Bürgerkrieg in Deutschland bedeuten.

Ablehnung der Amtsverlängerung

München, 10. Jan. In einer Kundgebungsversammlung der Deutschnationalen Volkspartei in München sprach sich der Vizepräsident des Reichstags, Abg. Gräf-Thüringen, gegen die Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten v. Hindenburg aus. Damit wolle er aber keineswegs eine Kritik an der Person des Feldmarschalls üben.

Hitler über die Politik der NSDAP.

Lemgo (Lippe), 10. Jan. In einer Versammlung der NSDAP. hielt am Freitag abend Adolf Hitler eine Rede anläßlich der am Sonntag stattfindenden Lippischen Gemeindewahlen. Er betonte, die Nationalsozialisten führten den Kampf nicht nur um einen augenblicklichen Wahlerfolg, sondern es geht um eine wirkliche Entscheidung und nicht um eine Anzahl Parlamentssitze. Ein Volk, das an Stelle des Glaubensbekenntnisses des Heldentums das Glaubensbekenntnis des Pazifismus setze, sei zum Verderben verurteilt.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Hitler und Hugenberg

Berlin, 10. Jan. Reichskanzler Dr. Brüning hat am Samstag mittag Adolf Hitler zu einer erneuten einstündigen Besprechung zu sich gebeten, der auch der nationalsozialistische Staatsminister a. D. Dr. Frick und Reichsminister Treviranus anwohnte. Der Kanzler suchte nochmals auf Hitler einzuwirken, bevor er seine Zusammenkunft mit Dr. Hugenberg hatte.

Um 3 Uhr nachmittags begannen die Beratungen mit Dr. Hugenberg und anderen Führern der nationalen Opposition, die bis 5.30 Uhr dauerten. Hitler berichtete über seine bisherigen Unterredungen mit Brüning. Die Verhandlungen wurden in vollstem Einvernehmen geführt. Die Beratungen wurden abends und am Sonntag wieder aufgenommen. Ein endgültiger Beschluß wurde zunächst nicht gefaßt; die Entscheidung dürfte erst am Montag nachmittag zu erwarten sein. Der Reichskanzler hat auch Geheimrat Dr. Hugenberg für Sonntag zu sich gebeten. Es ist laut CNB. wahrscheinlich, daß die Entscheidung der nationalen Opposition dem Reichskanzler am Montag nachmittag 4 Uhr nicht mündlich, sondern schriftlich mitgeteilt wird. Wie sie ausfallen wird, läßt sich zur Stunde noch nicht einmal stimmungsmäßig voraussehen.

Gleichzeitig tagte am Samstag nachmittag die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei, um verschiedene Fragen zu behandeln.

Hitler am Scheideweg

Neuyork, 10. Jan. Die „Neuyork Times" schreibt: Der Vorschlag Brünings bedeutet offenbar einen Ausweg des Reichskanzlers aus schwieriger Lage, zugleich aber auch einen Scheideweg für Hitler. Erklärt er sich zur Mitarbeit bereit, so kann er Hindenburg gegenüber leichter darauf eingehen als Brüning gegenüber, dessen Politik er seither bekämpfte. Tritt aber Hitler jetzt für die Amtsverlängerung Hindenburgs ein, so bedeutet dies, daß er auch für die Reparationspolitik und die Abrüstungskonferenz eintritt.

Neue Nachrichten

Briand wird kaltgestellt

Paris, 10. Jan. Havas meldet, wahrscheinlich werde Laval nicht nur einen neuen Kriegsminister, sondern auch einen Nachfolger für Briand wegen seines „Gesundheitszustands" zu bestimmen haben. In diesem Fall würde Laval Briand den Posten eines Staatsministers ohne Fach anbieten. Man könne aber noch nicht sagen, wie Briand den Vorschlag aufnehmen werde. Kaum vor nächsten Mittwoch dürfte Laval nach Befragung der hauptsächlichen Politiker selbst darüber urteilen können, ob er mit einiger Erfolgaussicht die Bildung eines neuen KKabinetts auf der Grundlage einer erweiterten Mehrheit versuchen könne, oder ob er sich auf eine einfache Umbildung des jetzigen Kabinetts durch Ersetzung der freigewordenen Ministerposten beschränken werde.

Die Oesterreichische Nationalbank will neuen 60-Millionen-Kredit beantragen

Wien, 10. Jan. Wie die „Reichspost" erfährt, will Dr. Reisch von der Oesterreichischen Nationalbank auf der Verwaltungsratssitzung der Basler BIZ am 11. Januar ein neues Devisendarlehen für die österreichische Nationalbank verlangen. In den „Devisenschatz" der Nationalbank sind geliehene Devisen von 190 Millionen Schilling eingerechnet, die teils von der BIZ., teils von der Bank von England herrühren. Reisch will versuchen, einen Kredit von 60 Millionen Schilling als „Manipulationsreserve" zu erhalten, also jenen Betrag, der im Herbst v. J. an die Bank von England (50 Millionen) und an die BIZ. (10 Millionen) zurückgezahlt werden mußte.

Oesterreichische Stillhalteverhandlungen

Wien, 10. Jan. Nach dem „Neuen Wiener Tagblatt" soll die Nationalbank die an dem Stillhalteabkommen beteiligten österreichischen Banken verständigt haben, daß sie für die nach dem 10. Januar fälligen Kapitalrückzahlungen keine Devisen zuteilen werde. Ob die Banken aus ihrem eigenen Devisenvorrat diese Rückzahlungen leisten dürfen, steht noch nicht fest. Ferner sollen Besprechungen mit den im Stillhalteausschuß vertretenen ausländischen Gläubigern der Banken zum Abschluß eines neuen Abkommens eingeleitet worden sein. Wie erinnerlich, waren im August Vereinbarungen zwischen Banken und Gläubigern wegen ratenweiser Rückzahlung der Auslandsverpflichtungen getroffen worden, die damals etwa 32 Millionen Dollar betrugen. Die Banken dürften bisher etwa 8 Millionen Dollar zurückgezahlt haben. Die Verhandlungen erstrecken sich nicht auf die Kreditanstalt.

Die „gefährliche Wegstrecke"

Warschau, 10. Jan. Bei einem Essen, das Außenminister Zaleski dem rumänischen Außenminister Ghika gab und auf dem viel von der Friedensliebe die Rede war, sagte Ghika in einem Trinkspruch, am Vorabend der Abrüstungskonferenz bemühen sich Polen und Rumänien, durch Stärkung des Vertrauens jene Sicherheit zu gewährleisten, ohne die die Abrüstung nur leerer Schall wäre. Polen und Rumänien seien bereit, gemeinsam diese gefährliche Wegstrecke zu gehen, in dem Bewußtsein, daß der Frieden von der Aufrechterhaltung der Bündnisse und der gegenwärtig durch die Verträge festgesetzten Landesgrenzen abhänge.

Polnischer Kurswechsel gegenüber den Ukrainern?

Warschau, 10. Jan. Die nationaldemokratische „Gazeta Warszawska" verzeichnet Gerüchte aus Lemberg, nach denen in der Behandlung der Ukrainer ein Umschwung bevorsteht. So sollen etwa 3000 ukrainische Schulen, die seinerzeit von Polen geschlossen worden waren, wieder geöffnet werden, ferner will man in Stanislau eine ukrainische Universität errichten. Zu diesen Zugeständnissen soll sich die Regierung mit Rücksicht auf die internationale Lage Polens entschlossen haben. Die Regierungspresse bringt indes keine Bestätigung dieser Gerüchte.

Dingeldey bei Brüning

Berlin, 10. Jan. Der Reichskanzler verhandelte am Samstag abend mit dem Führer der Deutschen Volkspartei, Abg. Dingeldey. Dieser erklärte schließlich, daß seine Fraktion für die Amtsverlängerung des Reichspräsidenten eintreten werde.

•

Die deutsche Vertretung in Lausanne

Berlin, 10. Jan. Die deutsche Abordnung zur Reparationskonferenz in Lausanne, die am 25. Januar beginnen soll, wird von Reichskanzler Dr. Brüning geführt, weiter gehören der Abordnung an Reichsfinanzminister Dietrich, Reichswirtschaftsminister Warmbold, Staatssekretär im Auswärtigen Amt v. Bülow, sowie eine Reihe von Sachverständigen der beteiligten Reichsstellen. Der Kanzler hält eine längere Abwesenheit von Berlin für möglich, da er der Ueberzeugung ist, daß die Mehrheit des Aeltestenrats des Reichstags die beantragte vorzeitige Einberufung des Parlaments ablehnen werde.

Die Neubildung des französischen Kabinetts

Paris, 10. Jan. Laut Havas hat sich Landwirtschaftsminister Tardieu bereit erklärt, auch noch das durch den Tod Maginots erledigte Kriegsministerium zu übernehmen. Ministerpräsident Laval werde wahrscheinlich das Außenministerium an Stelle Briands übernehmen und und sein bisheriges Innenministerium voraussichtlich an den Senator Barthou oder Peyronnet abgeben.

Nach sieben Jahren ununterbrochener Tätigkeit im Auswärtigen Amt verläßt der kaltgestellte Briand sein Ministerium. Er ist jetzt so vereinsamt, daß ihm zurzeit nicht einmal ein Blatt zur Verfügung steht, in dem er die Wahrheit über die Gründe seines Rücktritts verkünden könnte. Er erleidet — unter verändertem Maßstab — ein Bismarcksches Schicksal. Hohn, Spott und Haß umtoben ihn schon lange und werden ihm als „Dank" nachgerufen. Der Kreis seiner Getreuen ist sehr klein geworden, namentlich brennt sein „Freund" Herriot darauf, seine Nachfolge anzutreten.

Württemberg

Stuttgart, 10. Januar.

Dienstjubiläum. Rechnungsrat Karl Blattmacher beim Polizeipräsidium Stuttgart begeht am 11. Januar sein 40jähriges Dienstjubiläum. Am 11. Januar 1892 trat Blattmacher als Freiwilliger beim Gren.-Regt. K. O. Nr. 119 ein; nach vorgeschriebener Front-Dienstzeit schlug er die Zahlmeister-Laufbahn ein und wurde am 11. Februar 1903 Unterzahlmeister bei dem Pion.-Batl. Nr. 13. Nach weiterer Tätigkeit beim Inf.-Reg. Kaiser Friedrich Nr. 125 und Gren.-Reg. K. O. Nr. 119 erfolgte im März 1913 seine Beförderung zum Zahlmeister des 2. Bataillons dieses Regiments, mit dem er am 7. August 1914 ins Feld rückte. Nach Auflösung der alten Armee wurde Blattmacher zum 1. Sicherheitsbataillon und am 1. Oktober 1919 als Stabszahlmeister zur Württ. Schutzpolizei versetzt, um im Jahre 1926 zum Polizeipräsidium überzutreten. Als Beamter von altem Schrot und Korn kann er heute mit Stolz und Befriedigung auf seine vorwurfsfreie, reich gesegnete Dienstzeit zurückblicken.

Gegen die Sozialversicherungsreform. Die Württ. Regierung und sämtliche Wirtschaftsverbände usw. in Württemberg lehnen aufs entschiedenste die von der Reichsregierung bzw. dem Reichsarbeitsminister Stegerwald beabsichtigte Reform der Sozialversicherung ab, die Württemberg andern Ländern und dem Reich gegenüber wieder aufs schwerste schädigen würde.

Die vorstädtische Kleinsiedlung. In einer Besprechung des Reichskommissars für vorstädtische Kleinsiedlung, Regierungspräsident Dr. Saaßen-Berlin, mit den zuständigen amtlichen Stellen Württembergs wurde zum Ausdruck gebracht, daß für Württemberg für diese Kleinsiedlung 1,1 Mill. Mark zur Verfügung stehen. Die Siedlungsarbeit soll aber vorerst auf Groß-Stuttgart und den Bezirk Heilbronn-Neckarsulm beschränkt werden. Die weiteren vorgeschlagenen Gemeinden müssen vorläufig zurückgestellt werden, wobei die Hoffnung bestehen soll, daß sie bei einer etwaigen Erweiterung des Bauprogramms im Frühjahr berücksichtigt werden könnten.

Sammelstellen für das Alte Schloß. In dankenswerter Weise haben sich, wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, auch sämtliche hiesigen Großbanken, ferner eine Reihe größerer Geschäfte, Hotels, Restaurants usw. zur Errichtung einer Sammelstelle für das Alte Schloß zur Verfügung gestellt. Spenden können nunmehr außer bei sämtlichen Postanstalten des Landes sowie den meisten Zeitungen des Landes auch bei diesen durch Aushang ersichtlichen Stellen einbezahlt werden. Zentralsammelstellen mit der Bezeichnung „Schloßbrandhilfe Stuttgart" sind errichtet unter: Postscheckkonto Stuttgart Nr. 269, ferner bei der Reichsbankhauptstelle Stuttgart sowie bei der Städt. Girokasse unter Konto Nr. 2160. Jeder Spender erhält ein mit einer kurzen Widmung ds Staatspräsidenten versehenes Erinnerungsblatt mit Ansicht des Alten Schlosses als Bescheinigung für seine Gabe ausgefolgt; die Veröffentlichung der einzelnen Spenden in der Presse erfolgt von Zeit zu Zeit. Die Versendung des Aufrufs an sämtliche außerhalb Württembergs, insbesondere im Ausland befindlichen Schwabenvereine ist ebenfalls eingeleitet. Die eingehenden Gelder werden zum Wiederaufbau des Alten Schlosses verwendet werden.

Beschlagnahme der „Arbeitertribune". Vom Polizeipräsidium wird mitgeteilt: Die Nr. 2 der „Arbeitertribune" vom 9. Januar ist auf Grund der 1. und 2. Notverordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen wegen eines Artikels „Der Weg zur Einheitsfront" beschlagnahmt worden.

Zur Verhütung von Bahnunfällen. Die Reichsbahndirektion hat angeordnet, daß zur Verhütung von Unfällen auf der freien Strecke und innerhalb der Bahnhöfe der Haupt- und vollspurigen Nebenbahnen alle festen Gegenstände, wie Signale, Lichtmaste, Kandelaber, Brückenstützen und sonstige Brückenteile, Wasserkransäulen usw., bei denen ein seitlicher Spielraum von 200 Millimeter nicht vorhanden ist, mit weißem Farbanstrich zu kennzeichnen sind.

Neuartiger Schwindel. Auf einen ungewöhnlich raffinierten, aber um so erfolgreicheren Schwindel verfiel der 27 J. a. ledige Schlosser Willy Schäfer von Frankfurt a. M., der sich jetzt vor dem Erweiterten Schöffengericht wegen Betrugs und Urkundenfälschung zu verantworten hatte. Er spielte sich in den letzten drei Jahren unter falschen Namen als Kaufliebhaber für Motorräder auf und bat die Verkäufer, wenn er mit ihnen in Verbindung getreten war, ihm das Motorrad zu einer kurzen Probefahrt zu überlassen. Wurde ihm dieser Wunsch erfüllt, brannte er mit dem Motorrad durch und verkaufte es. Andererseits trat er wieder mit Interessenten für Motorräder in Verbindung, denen er ein Motorrad verkaufte, ihnen den Kaufpreis abnahm und dann das Motorrad nochmals vorführen wollte. Auch da brannte er mit dem Motorrad durch. Auf diese Weise erbeutete er in den letzten drei Jahren rund 13 000 Mark, die ihm jetzt 3 Jahre 4 Monate Gefängnis einbrachten. Der Staatsanwalt hatte 4 Jahre Zuchthaus beantragt.

Aus dem Lande

Eßlingen, 10. Jan. Seltenes Jubiläum. Bei der in Obereßlingen abgehaltenen Weihnachtsfeier des Gesangvereins „Frohsinn" konnte der musikalische Führer des Vereins, Chormeister Mittelschuloberlehrer a. D. Rudolf Schmid, sein 50jähriges Sänger- und Dirigentenjubiläum begehen. Dem Jubilar, der immer noch in alter Frische den Dirigentenstab führt, wurde von Vertretern des Deutschen Sängerbundes mit herzlichen Worten der wohlverdiente

---

Die schöne Tänzerin

Das abenteuerliche Schicksal der berühmten Tänzerin Lola Montez, um die 1848 in Bayern die Revolution ausbrach.

8. Fortsetzung.

Das sollte die Rache der betrogenen Frau sein! — Sie wollte die Frau, die sie für die Geliebte ihres Gatten hielt, demütigen!

Aber es kam anders!

Bei dem Feste selbst fehlte der Prinz!

Marianne erkundigte sich nach ihm und erfuhr, daß Lola Montez versucht hatte, den Eintritt zu erhalten, aber streng abgewiesen wurde. Gerade in diesem Augenblick war der Prinz gekommen, und sofort hatte ihm Lola alles erzählt. — Prinz Albrecht war zornig gewesen auf das eigenmächtige Handeln seiner Gemahlin, aber er setzte sich darüber hinweg und führte Lola sogleich in ihre Wohnung zurück, wo er bis zum andern Morgen verblieb.

Marianne klagte und weinte über die Treulosigkeit ihres Gatten, und aus Rache wollte sie ihm zeigen, daß auch sie das gleiche Recht hätte wie der Prinz. In ihrer Aufregung ließ sie einen ihrer Kammerdiener kommen und probierte an ihm ihre Verführungskünste, denen der Domestik auch gleich unterlag.

Eine Zeitlang ging alles gut. Dann aber erhielt Marianne seitens des Königs Friedrich Wilhelm 4. den Befehl, sich nach Schloß Kamenz zu begeben.

Ahnungslos reiste sie nach Schlesien ab, und hier überraschte sie ihren Gatten mit der Tänzerin in einer Situation, die in ihr den Entschluß reifen ließ, sich beim König zu beschweren.

Noch in derselben Nacht reiste sie nach Berlin zurück.

Der geistesschwache König war für sie nicht erreichbar, da sein Bruder Wilhelm die Geschäfte erledigte. In wohlgesetzter Form unterrichtete sie den Prinzregenten über das Treiben ihres Gatten und zog sich dann eiligst nach Kamenz zurück.

Prinz Albrecht wurde nun eiligst nach Berlin befohlen und hatte sofort eine Reise anzutreten, um dem in vollster Blüte stehenden Skandal keine neue Nahrung zu geben.

Der König Friedrich Wilhelm 4. von Preußen war wütend über die Tänzerin und befahl dem Polizeipräsidenten, einen Ausweisungsbefehl gegen Lola Montez auszufertigen.

Dieser überbrachte ihr den Befehl seines Königs, und als sie sich widersetzen wollte, wurde sie mit Gewalt in ihrem Reisewagen an die Grenze gebracht.

An der Grenze traf sie ihre treue Dienerin; bald hatte sie ein neues Ziel.

Nach Dresden!

Am Hoftheater in Dresden wollte man sie sofort engagieren, jedoch machte sie neben einer ungeheuren Gage zur Bedingung, daß sie seitens der Polizei in der Ausübung ihrer Kunst nicht gehindert würde.

Der Intendant versprach, sich für sie beim König zu verwenden. Als er jedoch in des Königs Arbeitszimmer trat, war der preußische Botschafter schon bei seinem Herrn und Gebieter gewesen.

Der preußische König hatte von dem Skandal in Berlin berichten lassen und bat nun, die Tänzerin auch aus Sachsen ausweisen zu lassen.

Sachsen wäre in Zwistigkeiten mit Preußen gekommen, wäre es dieser „Bitte" nicht nachgekommen und ließ die schöne Abenteuerin alsbald auch aus Sachsen ausweisen.

Wieder hatte sie freies Geleit bis zur Grenze. Und wieder wußte sie schon, wohin!

Nach München!

In der bayerischen Hauptstadt gedachte sie, sich dem König Ludwig 1. zu nähern, der bekanntlich ein großer Kunstverehrer war. Aber noch mehr verehrte der alternde König schöne Frauen.

Alles das wußte Lola Montez, und darauf hatte sie ihren Plan aufgebaut. Unter falschem Namen — sie nannte sich „Maria Dolores Porris y Montez" — versuchte sie beim Hoftheater ein Engagement zu erhalten. Man durchschaute sie und erklärte ihr, daß es für eine Lola Montez am besten sei, wenn sie sich sofort in eine andere Stadt, besser noch in ein anderes Land begäbe, da sie in München ebenfalls der Ausweisung gewärtig sein müsse.

Entrüstet darüber beschloß sie, selbst zum König zu gehen und ihm persönlich ihre Bitte vorzutragen.

Sie versprach sich von ihrem Entschluß so viel, daß sie diesen Schritt wagte, obgleich sie dabei mit sofortiger Landesverweisung rechnen mußte.

Sie bat um eine Audienz, die ihr der König nach langem Ueberlegen endlich bewilligte.

Er war neugierig, das Weib zu sehen, das derartige Skandalgeschichten hervorgerufen hatte und von dem alle Welt sprach.

Als Lola Montez eintrat, war der König von ihrer Schönheit entzückt. Er bat sie, ihre Bitte vorzutragen. Während sie sprach, betrachtete er das vor ihm stehende Weib, das ihm schöner erschien, als alle Frauen, die er bisher gesehen hatte. Ludwig 1. war entwaffnet, und bereitwilligst ging er auf die Wünsche der schönen Frau ein.

(Fortsetzung folgt).

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Ehrenbrief überreicht, außerdem wurde er namens des Tech-Neckar-Gaus im Schwäb. Sängerbund mit dem goldenen Ehrenzeichen ausgezeichnet. Herr Schmid steht, neben anderen Vereinen, seit 38 Jahren dem Gesangverein Frohsinn Obereßlingen und dem Liederkranz Mettingen als Chormeister vor.

Bolheim, OA. Heidenheim, 10. Jan. Wilde Schwäne. Am Dienstag vormittag zog eine Kette wilder Schwäne aus nordischer Richtung kommend über unseren Ort und ließ sich bei Anhausen auf die Brenz nieder. Förster Scheck von dort gelang es, zwei der Tiere zur Strecke zu bringen. Sie weisen eine Flügelspannweite von 2,40 Metern auf.

Ulm, 10. Jan. Der Aufwertungsreisende Gustav Miller zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt. Vor dem Schöffengericht hatten sich der Reisende Gustav Miller von Neu-Ulm und ein Genosse wegen Betrugs zu verantworten. Seit 1928 reiste Miller, der schon mit Zuchthaus vorbestraft ist, anfänglich allein, später mit einem Genossen umher und suchte besonders alte alleinstehende Frauen auf, von denen er wußte, daß sie von einer Lebensversicherung eine Aufwertung zu erwarten oder schon ausbezahlt erhalten hatten. Er behauptete, daß die ausbezahlte Aufwertung zu nieder sei und versprach, er werde zu einer viel höheren Aufwertung verhelfen. Die Sache machte er meistens so eilig, daß sofort ein Schriftsatz abgefaßt wurde, den die Leute gleich bezahlen mußten. Aber auch als „Steuerberater" trat er auf. Die Hauptsache war, daß er von den Leuten immer gleich eine Abschlagszahlung für seine Bemühungen erhielt. Miller erhielt wegen eines fortgesetzten Verbrechens des Betrugs in Verbindung mit Urkundenfälschung 2 Jahre Zuchthaus, 500 Mark Geldstrafe und 5 Jahre Ehrverlust. Der Angeklagte wurde in Haft genommen. Sein Genosse E. wurde wegen Beihilfe zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt.

Zugunfall. Eine aus einer größeren Anzahl Wagen bestehende Rangierabteilung fuhr auf dem Ortsgüterbahnhof jedenfalls infolge falscher Weichenstellung in ein an die Umladerampe der Güterstelle führendes Sackgleis. Der letzte Wagen zertrümmerte den am Gleisende befindlichen Prellbock vollständig und wurde durch die Wucht der nachrückenden Wagen auf die Umladerampe geschoben, wobei das Fahrgestell des Wagens abgeschnitten wurde. Auch eine Bretterwand und zwei Dachtragpfeiler der Rampe wurden umgerissen, wodurch das Dach der Laderampe auf den Wagen zu liegen kam. Ein zweiter Wagen entgleiste ebenfalls und wurde stark beschädigt. Menschenleben kamen nicht zu Schaden, doch ist der Sachschaden ganz beträchtlich.

Kißlegg OA. Wangen, 9. Jan. Kirchenerneuerung. Die evangelische Kirche, die im Lauf des letzten Jahrs durch Architekt Behr in Stuttgart einer gründlichen Erneuerung unterzogen wurde, geht ihrer Vollendung entgegen. Die kleine Gemeinde, die von dem über 14 Kilometer entfernten Wangen aus pastoriert wird, hat, vom Württ. Gustav-Adolf-Verein unterstützt, das Werk durchgeführt.

Ravensburg, 10. Jan. Kind vom Kraftwagen am Brückengeländer erdrückt. Wie seinerzeit berichtet, wurde am 27. Nov. v. J. nachmittags in Biberach auf der Rißbrücke das 7 J. a. Töchterchen Isolde des Posamentenfabrikanten Gerster in Biberach von einem Kraftwagen aus Stuttgart angefahren und gegen das Geländer gedrückt, so daß es sofort tot war. Das Urteil lautete nun gegen den Führer des Kraftwagens, den 32 J. a. Schlosser und Kraftwagenfahrer Albert Kirn auf 1 Monat Gefängnis, unter Anrechnung von 5 Tagen auf die Untersuchungshaft.

Tettnang, 10. Jan. Unter der Anklage des Mords. Zu der Bluttat in Nitzenweiler ist zu melden, daß gegen den Täter Regensburger Anklage wegen Mords erhoben wird. Er befindet sich noch in Bregenz in Haft und seine Auslieferung ist fraglich; wenn sein Vater, der gestorben sein soll, die österreichische Staatsangehörigkeit nicht aufgegeben hat, dann dürfte eine Auslieferung nicht erfolgen und die Aburteilung in Bregenz stattfinden.

Von der bayerischen Grenze, 10. Jan. Das Messer. — Selbstmord. In einer Gastwirtschaft in Hausen wurde der 43 J. a. Landwirt Anton Seitz von einem anderen Gast im Streit in den Hals gestochen, so daß sein Leben in Gefahr ist. — Der Braumeister der Postbrauerei Thannhausen, Bernhard Schreiegg, ein Bruder des erst kürzlich verstorbenen Bierbrauereibesitzers Schreiegg, hat sich aus unbekannten Gründen erhängt.

Balingen, 10. Jan. England auf der Suche nach deutschen Industrien — auch in Balingen. Dem „Volksfreund" wird geschrieben: Bei dem vor wenigen Tagen aus Schwenningen gemeldeten, glücklicherweise fehlgegangenen Versuch eines englischen Agenten, eine deutsche Uhrenfabrik nach England zu locken, scheint es sich nicht um einen Einzelfall britischer Industriepolitik zu handeln. Es liegen vielmehr Anzeichen vor, daß England zurzeit einen systematischen Werbefeldzug mit Wissen seiner Regierungsstellen in Deutschland entfaltet mit dem Zweck, gewisse deutsche Industrien ins britische Reich zu ziehen, an denen es dort noch mangelt. So sind einer Balinger Firma im letzten Vierteljahr durch einen englischen Agenten zweimal Angebote gemacht worden, nach England auszuwandern; die denkbar günstigsten Vorbedingungen wurden der Firma zu diesem Zweck gestellt, u. a. die unentgeltliche Ueberlassung des benötigten Geländes, 5 Jahre Steuerfreiheit und zuletzt sogar die Ueberlassung einer leerstehenden Fabrik zu einem unglaublich niedrigen Preis.

Göppingen, 10. Jan. Treu bis in den Tod. Ein tragischer Fall von Freitod, wie er nicht häufig vorkommt, hat sich am Freitag hier ereignet. Am Donnerstag starb die 44 Jahre alte Frau eines hiesigen Ingenieurs. Die Frau war tuberkulös und wurde seit zwei Jahren in liebe- und aufopferungsvoller Weise von ihrem Mann allein verpflegt. Vor etwa zwei Monaten wurde der Mann arbeitslos. Dadurch konnte sich ihr Mann noch besser der Pflege widmen und das Zusammengehörigkeitsgefühl scheint sich noch gesteigert zu haben. Nach dem Tode seiner Frau besorgte der Mann noch alles, was zur Beerdigung nötig war. Dann verstopfte er Fenster und Türen sowie die Schlüssellöcher. Das Schlafzimmer lag neben der Küche und, da er offenbar nicht die ganze Wohnung vergasen wollte, machte er durch die Wand ein Loch, zog so vom Gasherd der Küche her einen Schlauch in sein Schlafzimmer und legte sich zum letzten Schlaf nieder. Am Morgen fanden Hausbewohner an der Wohnungstür einen Zettel hängen: Achtung, Gas! Wohnung nicht mit offenem Licht betreten! Als man nachsah, fand man ihn tot im Bett liegen und einen Brief, in dem er darum bat, neben seiner Frau bestattet zu werden.

Die Großhandelsmeßzahl für Vieh vom 6. Januar ist mit 69,2 gegenüber dem 30. Dezember (68,7) um 0,7 v. H. gestiegen. 1913 gleich 100.

Gültig ab 1. Januar 1932.

Neue Ladenverkaufspreise für Henkel-Erzeugnisse

Persil	das selbsttätige Waschmittel	**68** Pfennig	das Doppelpaket
Persil	das selbsttätige Waschmittel	**36** Pfennig	das Normalpaket
Henko	Henkel's Wasch- und Bleich-Soda	**13** Pfennig	das Paket
(M)	Henkel's Aufwasch-, Spül- und Reinigungsmittel	**20** Pfennig	das Paket
Sil	Henkel's Bleichmittel	**17** Pfennig	das Paket
Ata	Henkel's Scheuerpulver (fein)	**18** Pfennig	die Streuflasche
Ata	Henkel's Scheuerpulver (grob)	**13** Pfennig	das Paket
Dixin	Henkel's Seifenpulver	**23** Pfennig	das Paket
Gutso	Henkel's Schnitzelseifenpulver	**17** Pfennig	das Paket

Die vorstehenden Preise gelten auch für Packungen, die noch mit dem früheren Preisaufdruck im Handel sind.

Sämtliche Henkel-Erzeugnisse nach wie vor in unveränderter Güte und Vollkommenheit!

Henkel & Cie. A.-G., Düsseldorf

O. Z. 268

Lokales.

Wildbad, den 11. Januar 1932.

Vom Schützenverein. Beim gestrigen Uebungsschießen erschoß Schützenbruder Fritz Maier eine von B. Nester gestiftete Ehrenscheibe. Wir gratulieren herzlich!

Von den K.-K.-Schützen. Bei dem im Jahre 1931 von der Sportabteilung des Württ. Kriegerbundes durchgeführten Landesschießen errang die Kleinkaliberschützenabteilung des Krieger- und Militärverein Wildbad in der höchsten Schießklasse (C) mit 425 Ringen den 7. Preis, in Form eines silbernen Pokals mit 5 silbernen Bechern. Die Gegenstände sind z. Zt. im Fenster des Feinkostthaus Kloß ausgestellt.

Die Generalversammlung des Arbeitersportvereins Wildbad fand am Sonntag nachmittag im Vereinszimmer der Turnhalle statt. Der Vorsitzende, Adolf Mundinger, begrüßte die Erschienenen und gab bekannt, daß aus Ersparnisrücksichten für die erwerbslosen Mitglieder als Tagungslokal das Vereinszimmer gewählt werden mußte. Nach Verlesung der verschiedenen Protokolle, gegen die kein Einspruch erhoben wurde, gab der Vorsitzende seinen Geschäftsbericht. Aus diesem ging hervor, daß infolge der Wirtschaftskrise, der vielen Erwerbslosen, der Verein Sparmaßnahmen durchführen mußte, um den Verein lebensfähig zu erhalten; u. a. wurde auch der Spielbetrieb eingeschränkt. Außer den verschiedenen Veranstaltungen fanden fünf Ausschußsitzungen statt. Mit dem anfeuernden Sprichwort: „Vorwärts immer, rückwärts nimmer", schloß der Vorsitzende seine Ausführungen. Der Kassenbericht, erstattet von Sportgenosse Ernst Dietz, ergab bei 316,65 Mark Einnahmen und 306,58 Mark Ausgaben einen Kassenbestand von 6,07 Mark; es soll versucht werden, die rückständigen Beiträge hereinzubekommen, um den Kassenbestand günstiger zu gestalten, der in Anbetracht der wirtschaftlichen Verhältnisse immerhin ein zufriedenstellender ist. Sportgenosse Robert Riexinger gab den Spielbericht, wonach 13 Spiele ausgetragen wurden; davon wurden 5 gewonnen, 5 verloren und 3 unentschieden. Der Redner geißelte die Interessenlosigkeit der Spieler und ermahnte zum treuen Festhalten am Arbeitersport. Sportgenosse Hans Köhle berichtet über den Hallensport; auch er forderte die Mitglieder auf, eifriger am Sport in der Turnhalle teilzunehmen. Da sich zur Aussprache über die einzelnen Berichte keine Redner meldeten, galten diese als genehmigt. Bevor zum Punkt Neuwahlen übergegangen wurde, sprach der Vorsitzende den bisherigen Ausschußmitgliedern für ihre geleistete Tätigkeit Dank aus und übergab den Vorsitz an den Sportgenossen Xaver Scheier, der dann den Punkt Neuwahlen leitete. Es wurde gewählt zum 1. Vorsitzenden Adolf Mundinger, 2. Vorsitzendegr zum 1. Vorsitzenden Adolf Mundinger, 2. Vorsitzender und Schriftführer Xaver Scheier, Kassier Ernst Dietz, Spielleitung: Robert Riexinger, Hallenwart: Hans Köhle, Stellvertreter: Fritz Aberle, Zeugwart: Hermann Rothfuß, Beisitzer: Richard Fehlhauer und Wilhelm Gall, Unterkassier: Wilhelm Baufert und Hermann Rothfuß. Nach längerer Aussprache wurde eine Herabsetzung der Beiträge beschlossen und zwar von 50 auf 35 Pfennig für den Monat. Die Aufnahmegebühr wurde auf 50 Pfennig festgesetzt. Ueber Anträge brauchte nicht beraten werden, da keine eingegangen waren. Unter Punkt „Verschiedenes" berichtete der Vorsitzende über die Anschlußbestrebungen des Vereins an den Ortsausschuß des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes und wurde für den Fall, daß der Anschluß von der Generalversammlung des Ortsausschusses genehmigt wird, Sportgenosse Hans Köhle als Delegierter für den Ortsausschuß bestimmt. Als Delegierte für die Spielleiter- und Vorstände-Konferenz in Grötzingen wurden Ernst Dietz und Robert Riexinger bestimmt. Die Mitglieder wurden aufgefordert, den noch in ihrem Besitz befindlichen Sport innerhalb acht Tagen an den Zeugwart abzuliefern. Nachdem noch eine Aussprache über Turnhallefragen und Neuanschaffungen stattgefunden hatte, konnte der Vorsitzende die gutverlaufene Versammlung nach zweistündiger Dauer schließen. L.

Wahlversammlung der Deutschnationalen Volkspartei. Am Samstag abend hielt die Deutschnationale Volkspartei im „Wildbader Hof" eine öffentliche, gut besuchte Versammlung ab, die der Auftakt für die kommende Landtagswahl sein soll. Der Vorsitzende Apotheker Stephan begrüßte die Versammlung mit einem herzlichen Glückwunsch zum neuen Jahre; möge das neue Jahr das Jahr der Wende sein, wie Hugenberg sagt, möge das neue Jahr die Arbeitslosigkeit bannen und unserem Vaterland den ersehnten Wiederaufstieg bringen. Nach kurzen Begrüßungsworten an den Redner des Abends und Spitzenkandidaten Herrn Studienrat Reinhold Sautter aus Stuttgart übergab er diesem das Wort zu dem Thema: „Wohin führt die Politik der Notverordnungen?" Der Redner ging davon aus, daß es sich nicht darum handeln könne, in leichtfertiger Weise Kritik zu üben; denn Notzeiten fordern Notgesetze und alle Maßnahmen stoßen auf Widerspruch. Aber auf der anderen Seite würden Volk und **Volksvertretung** ihre Aufgabe im Rahmen des ganzen Staates nicht erfüllen, wenn sie in sprachloser Verwunderung beharrten, statt verantwortungsbewußt Stellung zu den leitenden Gesichtspunkten und den grundsätzlichen Voraussetzungen zu nehmen. Denn schließlich sind doch nicht die Regierenden, sondern gerade wir selber die Leidtragenden und unsere Kinder die Erben dessen, was wir taten oder unterließen. Dabei ist von größter Bedeutung die Frage: **Wie ist es denn dazu gekommen,** daß schließlich nur noch mit einer Flut von Notverordnung weiterregiert werden konnte? Da leuchtet dem aufmerksamen Betrachter freilich kein Silberstreifen entgegen, sondern grell schlägt ihm ins Auge die Erinnerung an die Mißwirtschaft verantwortungsloser Minister, die nach dem verlorenen Krieg nicht sparten, sondern vergeudeten und unter deren Augen Skandal auf Skandal über die Bühne der deutschen Oeffentlichkeit ging. Dazu trat eine der ganzen Welt unverständliche Erfüllungspolitik, die dem deutschen Volk nicht blos den Ertrag mühsamer Arbeit, sondern schließlich die ganze Substanz raubte und große Schichten der fleißigen und sparsamen Bevölkerung an den Bettelstab, das Gewerbe aber auf das Totenbett brachte. Helfferichs geniale Rentenmark schuf die Möglichkeit einer Gesundung; aber rasch waren die Lehren vergessen und im selben Uebermut wurde weiter vergeudet, sodaß auch der jetzt verantwortliche Reichskanzler offen diese Fehler zugeben mußte. Aber auch er hat mit dem Reichsfinanzm. Dietrich, von dem man nur das Eine bestimmt weiß, daß es immer anders kommt, als er prophezeit, auch Brüning hat weitergepumpt bis zum Februar 1931, d. h. bis er nichts mehr bekam. Und nun begann in Hast die sattsam bekannte **Politik der Notverordnungen,** die dem Jahr 1931 geradezu ihren Stempel aufdrückte. Dabei fällt zunächst ins Auge die **Massenhaftigkeit der Produktion,** die einen fast an das boshafte lateinische Wort erinnert: pessima republika — plurimae leges: der schlechteste Staat hat die meisten Gesetze! Der nächste Eindruck ist der einer großen Zersplitterung: die Notverordnungen bewegen sich auf den verschiedensten Gebieten und versuchen Großes, Kleines und Winzigstes zu regeln. Das macht den Eindruck, als sei vieles versäumt und müsse überhastet gut gemacht werden. Es wird gekämpft um die Erhaltung der Währung, um den Schutz des Osterfestes, um die Erhaltung der Krankenversicherung; den Gemeinden wird Sparsamkeit, den Banken Devisenanmeldung, den Sparern eine Sondersteuer auferlegt: dabei dürfen die einzelnen Länder ihrerseits durch Notverordnungen sich ihrer Haut wehren, sodaß der Bürger der Einzige ist, er, der Souverän im freien Volksstaat, der nicht notverordnen darf. Das wäre nicht schlimm; denn es bezeugt nur offiziell und dokumenarisch den Zusammenbruch eines von uns schon seit 1919 gegeißelten Systems, der parlamentarischen Demokratie, der größtmöglichen Volksbeschwindelung und Volksaussaugung. Aber daß die Notverordnungen so einseitig **zur Bekämpfung der dem System unliebsamen Parteien** benutzt wurden, das war schlimm und hat dem Gedanken des Staates gerade im Herzen der Jugend schwersten Schaden zugefügt. Und wenn man versuchte, den Zins mechanisch zu senken, so war das geradezu typisch für diese Art von Politik: der Zins richtet sich organisch nach der Masse des angebotenen Kapitals; dieses ist abhängig von dem Kredit, den ein Land hat; daran fehlt es bei uns, seit man durch die Inflation den größten Teil des Volkes ausgepowert hat. Dieser Mangel an Vertrauen wird aber durch **die völlige Rechtsunsicherheit,** die im Gefolge der Notverordnungspolitik mit ihrer konsequenten Mißachtung jeder Verfassung einhergeht, nicht besser, sondern schlimmer. Zumal wenn man den Notverordnungsweg schließlich für alle möglichen parteipolitischen Ziele benutzt, wie z. B. zum Aufschub der Betriebsratwahlen, die man im schwarzen wie im roten Lager gleichmäßig zu scheuen hat; oder gar zur Verlegung der Reichspräsidentenpahl, obwohl nichts unseren politischen Kredit schwerer belastet, als die fortgesetzten Versuche, den wirklichen Willen des deutschen Volkes zu fälschen; denn dadurch kommt das Ausland zu der Ueberzeugung: hinsichtlich Deutschlands weiß man überhaupt nicht was sie wollen; über ihre politischen Ziele kann man nie zu klarer Einsicht kommen. Besonders bedenklich aber muß es sein, wenn an dem hochempfindlichen Wirtschaftsorganismus, dem in Deutschland wahrhaftig in den vergangenen Jahrzehnten genug und über seine Kraft zugemutett worden ist, von außen herumgedoktert wird mittelst eines schon heute ganz übersichtlich gewordenen Systems von Ausnahmegesetzen. Hat man denn aus den Mißerfolgen der Kriegswirtschaft nicht einmal das gelernt, daß man sie nicht wiederholen sollte. Es juckt ja den Laien gelegentlich die Hand, zuzufassen, aber baldigst überzeugt er sich, wie in der Wirtschaft alles ineinandergreift. Daher kommt es auch, daß jede Notverordnung, kaum ist sie da, schon wieder abgeändert werden muß, weil man eben das und jenes nicht bedachte und die Zusammenhänge nicht übersah. Wenn Ausnahmegesetze nötig sind, müssen sie in knapper Form und in wenigen Paragraphen hinausgehen. Im übrigen aber behält Bismarck Recht: „Ausnahmegesetze halte ich für nicht annehmbar; das ist ein System, auf das die Regierung aus politischen Gründen ablehnt, einzugehen". Die Entwicklung der Arbeitslosenziffer während der Regierung Brüning ist bester Gradmesser für die Wirksamkeit seiner Maßnahmen; er hat es in der deutschen Republik soweit gebracht, daß sich unabhängig von der Hitlerbewegung überall in deutschen Arbeiterkreisen monarchische Gedankengänge zeigen. Denn die Erfolglosigkeit der sogenannten Berufspolitiker ist zu offenkundig, als daß sich das bedrängte Herz nicht nach einer nachhaltigen Hilfe sehnen würde. Und selbst der schlechteste Fürst vertritt die Interessen seines Landes tatkräftiger und einsatzfreudiger als es die parlamentarischen Eintagsfliegen jemals vermöchten. Der Redner schloß mit einem Appell an das freie Denken und an die männliche Entschlußkraft, die Schwierigkeiten nicht verkennt, aber sich ihnen entgegenstellt mit dem Willen zu siegen. Noch nie sagt Hegel, ist in der Weltgeschichte etwas Großes vollbracht worden ohne Leidenschaft. Mächtiger Beifall lohnte den Redner. An der Aussprache beteiligten sich die Herren Löffler, Hauptlehrer Kern, Treiber, Biehlmeyer. Alle 4

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Herrn waren mit den Ausführungen des Redners einig. Herr Löffler rief zur Einigkeit auf, Herr Kern betonte, daß es ohne Leidenschaft keinen Aufstieg gebe, Herr Treiber erwähnte die große Arbeitslosigkeit. Nachdem Herr Studienrat Sautter die Antwort in längeren Ausführungen gegeben hatte, verwies der Vorsitzende in seinem Schlußwort noch auf die bedeutungsvollen Worte, die Hugenberg bei seiner großen Rede in Detmold gesprochen hat: „Es gibt **eine Rettung** — so gewiß und soweit es einen Willen dazu gibt. **Der Starke, der Gesunde formt sein und seines Volkes Schicksal aus seinem Willen". Mit Mut und Gottvertrauen,** den Worten, die Finanzminister Dr. Dehlinger dem württemb. Volke zum Neuen Jahre zurief, schloß Apotheker Stephan, die gut verlaufene Versammlung.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Die Hundertjährigen in Preußen. Während im Jahr 1930 in Preußen 30 Personen (darunter 7 Männer und 23 Frauen) ihren 100. Geburtsag begehen konnten waren es im Jahr 1931 nur 18 Personen (9 Männer und 9 Frauen).

Die ostdeutsche Presse gegen die Auflösung der Königsberger Kunstakademie. Die Arbeitsgemeinschaft der ostdeutschen Presse gibt in einer Entschließung ihrem Bedauern und ihrer Sorge über die von dem preußischen Kultusminister Grimme beabsichtigte Auflösung der Königsberger Kunstakademie Ausdruck. Die abgeschnürte Provinz Ostpreußen sollte am wenigsten vo Sparmaßnahmen, besonders auf kulturellem Gebiete, betroffen werden. Es wird erwartet, daß die preußische Regierung wenigstens in irgendeiner Form die Akademie in ihrem Kern werde bestehen lassen, damit in besseren Zeiten ihr Wiederaufbau möglich sei.

Der Erfinder der Mills-Handgranate gestorben. Sir William Mills, der Erfinder der Mills-Handgranate, ist am Donnerstag im Alter von 76 Jahren gestorben. Im Frühjahr 1915 hatte er seine neue Handgranate den Militärbehörden vorgelegt, und diese hatten das Modell angenommen. Im Lauf des Weltkriegs haben die Verbündeten mehr als 75 Millionen Mills-Handgranaten verwendet.

Zeitungsverbot. „Das Andere Deutschland", Wochenschrift für entschiedene republikanische Politik, ist wegen eines am 2. Januar erschienenen Artikels „Antwort an die maßgebenden Kreise in Deutschland" bis zum 5. Februar verboten worden. Es handelt sich um den Abdruck eines Artikels des französischen Pazifisten Basch.

Ein Reichswehrsoldat bei einer Nachtübung ertrunken. Als am Freitag bei einer Nachtübung der Reitenden Batterie in Fritzlar (Reg.-Bez. Kassel) eine Patrouille die Eder durchqueren wollte, geriet das Pferd des Oberkanoniers Schwertger in eine Untiefe und wurde durch die starke Strömung abgetrieben. Das Pferd konnte sich aus dem Wasser herausarbeiten, der Kanonier jedoch versank kurz vor dem Ufer in den Fluten. Seine Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

Verhaftung eines Betrügers. Auf Veranlassung der Duisburger Kriminalpolizei wurde der Kaufmann Haas von Duisburg-Ruhrort, der einen dortigen Geschäftsmann um 164 000 Schweizer Franken betrogen hatte, in Marseille verhaftet.

Einbruch im Wohlfahrtsamt. Bei einem Einbruch in das Wohlfahrtsamt der Stadt Wuppertal wurde ein Geldschrank aufgeschweißt und der gesamte Inhalt von 16 500 Mark entwendet. Die Gelder waren für Wohlfahrtsunterstützungen vorgesehen.

Bankraub. In die Räume der Wedeler Kreditbank in Wedel bei Altona drangen am Freitag drei Männer ein, bedrohten den Kassenbeamten mit Schußwaffen und raubten 2800 RM. Die Täter sind entkommen.

Brandgefahr im Mannheimer Nationaltheater. Im ersten Stock des Hinterhauses vom Nationaltheater in Mannheim, in der Nähe der Uebungsbühne, wurde Brandgeruch wahrgenommen. Zu gleicher Zeit wurde festgestellt, daß es aus verschiedenen Stellen des Bodens qualmte. Da beim Brand des Alten Schlosses in Stuttgart vorher eine ähnliche verdächtige Rauchentwicklung wahrgenommen wurde, ging die Mannheimer Feuerwehr mit aller Gründlichkeit vor und brach an verschiedenen Stellen des gefährdeten Teils des Baus die Böden auf. Nach langem Suchen wurde festgestellt, daß ein Kamin im Zwischenboden undicht war. Es waren zwei faustgroße Löcher vorhanden, durch die Rauch in den Zwischenboden eindrang. Der Kamin führte zur Bühne und kommt von einer Kesselanlage, in der für Bühneneffekte Rauch entwickelt wird. Nach einstündiger Tätigkeit der Feuerwehr war die Gefahr beseitigt; jedoch blieb über Nacht eine Brandwache im Theater.

Rauschgiftdiebstahl. In einer Berliner Apotheke sind von Einbrechern 3000 Mark in bar und ein großer Vorrat von Rauschgiften, besonders Kokain und Morphium, gestohlen worden.

Zusammenstoß zwischen zwei Torpedobooten. Bei einer nächtlichen Angriffsübung bei Kiel kam es zu einem leichten Zusammenstoß zwischen zwei Torpedobooten. Personen sind nicht verletzt worden. Beide Schiffe sind zur Ausbesserung in Kiel eingelaufen.

Jesuitenkloster in Spanien in Brand gesteckt. Nach amtlicher Mitteilung ist das Jesuitenkloster in Ona (Provinz Burgos) in Brand gesteckt worden. Einzelheiten fehlen noch.

Ein Elchrevier in Mecklenburg. Neben den großen Elchrevieren in Ostpreußen soll in Deutschland jetzt eine zweite Freistätte für Elche eingerichtet werden. In einem Naturschutzgebiet an der Außenmüritz bei Waren in Mecklenburg sollen norwegische Elche angesiedelt werden. Der erste Elchtransport ist jetzt über Saßnitz eingetroffen. Als erster Bewohner zog ein sieben Zentner schwerer Elchbulle in das Naturschutzgebiet ein.

Selbstmord. Der 48jährige Direktor der Reichsbanknebenstelle Duisburg-Ruhrort, Ernst Decker, hat sich erschossen. Dienstliche Verfehlungen liegen nicht vor.

12köpfige Einbrecherbande verhaftet. In Stettin ist die Kriminalpolizei einer großen Einbrecher- und Räuberbande auf die Spur gekommen. Es konnten 12 Mitglieder der Bande und 23 Hehler festgenommen bzw. ermittelt werden. Auf das Konto der Bande kommen über 53 größere Einbruchdiebstähle und Raubüberfälle. Ein großer Teil der Beute, darunter 25 000 Mark in barem Geld und 5 Kraftwagen, konnte den Verhafteten wieder abgenommen werden.

Zeppelin-Flughafen in Paris? Das Pariser Hetzblatt „Figaro" regt sich darüber auf, daß nach einer Havasmeldung die Zeppelingesellschaft angeblich die Absicht habe, den Pariser Flughafen Orly mit seinen großen Hallen als Ausgangspunkt für den Südamerika-Verkehr zu benützen.

Sendefolge der Stuttgarter Rundfunk AG.

Dienstag, 12. Januar:

6.15: Zeitangabe, Wetterbericht, Gymnastik. 7.10: Wetterbericht. 8.10: Wetterbericht. 10.00—11.00: Konzert. 11.00—11.15: Nachrichten, Schneebericht. 12.00: Wetterbericht. 12.05: Funkwerbungskonzert. 12.35: Schallplattenkonzert. 13.30: Nachrichten, Programmänderungen, Wetterbericht, Schallplattenkonzert. 14.30—15.00: Englischer Sprachunterricht. 16.00: Vortrag: Schiller und Mannheim. 16.30: Frauenstunde. 17.05: Konzert. 18.30: Zeitangabe. 18.40: Dr. Hermann Bühler spricht über „Die technischen Einrichtungen unserer Sternwarten". 19.05: Vortrag: Strenge und Güte in der Erziehung. 19.30: Zeitangabe, Wetterbericht, Landwirtschaftsnachrichten. 19.45: Alte Tanzmusik. 20.30: Romantische Improvisationen. 22.30: Programmänderungen, Wetterbericht, Nachrichten. 22.50—23.30: Konzert.

Mittwoch, 13. Januar:

6.15: Zeitangabe, Wetterbericht, Gymnastik. 7.10: Wetterbericht. 8.10: Wetterbericht. 10.00: Konzert auf der Kino-Orgel. 11.00—11.15: Nachrichten. 11.45: Funkwerbungskonzert. 12.00: Wetterbericht. 12.05: Promenadekonzert. 12.55: Mannheimer Zeitzeichen. 13.00: Schallplattenkonzert. 13.30: Nachrichten, Programmänderungen, Wetterbericht, Schallplattenkonzert. 15.30: Kinderstunde. 16.30: Vortrag: „Postkunde und Posttarif". 17.05: Konzert. 18.30: Zeitangabe. 18.40: Vortrag: An den Gestaden der Donau. 19.05: Vortrag (Thema wird bekanntgegeben). 19.30: Zeitangabe, Wetterbericht, Landwirtschaftsnachrichten. 19.45: Eine halbe Stunde Chinesisch. 20.15: Dinorah oder „Die Wallfahrt nach Ploermel", komische Oper von Meyerbeer. 21.45: Moderne Wiener Komponisten. 22.20: Programmänderungen, Wetterbericht, Nachrichten, Funkstille für Fernempfang.

Handel und Verkehr

Die Marktlage

Im Buttergeschäft hat mit Beginn des neuen Jahrs eine weitere Abwärtsbewegung der Preise eingesetzt, die durch schwache Haltung der Auslandsmärkte und ansteigende Inlandszufuhren veranlaßt waren. Um z. B. der dänischen Ware besseren Absatz zu schaffen, wurde die Kopenhagener Butternotierung um nicht weniger als 18 Kronen auf 204 Kronen (160,71 Mark) für den Doppelzentner herabgesetzt. Dieser ungeheure Preisrückgang muß entsprechende Preisermäßigungen in den übrigen Ausfuhrländern zur Folge haben. Auf den deutschen Märkten sind die Butterpreise denn auch in allen Qualitäten zurückgegangen (in Berlin um je 3 Mark). Auffallend ist, daß Kempten trotzdem am 5. Jan. 97—107 notierte gegen 94—100 am 30. Dezember. Wie lange wird man angesichts des ausländischen Währungsdumpings noch zaudern, der deutschen Buttererzeugung den dringend notwendigen Zollschutz zu geben? Die Schweiz hat ihren Butterzoll auf 180 Franken (147,81 Mark) heraufgesetzt, Frankreich hat die Buttereinfuhr überhaupt kontingentiert bzw. derzeit verboten. Die Aussichten auf dem Buttermarkt sind also vorerst nicht günstig.

Das Käsegeschäft zeigte in der letzten Zeit einen unbefriedigenden Verlauf. Obwohl schon vor Weihnachten die Preise für Emmentaler herabgesetzt wurden, betraf die Nachfrage hauptsächlich die billigen Qualitäten, der Absatz der besseren Sorten ließ sehr zu wünschen übrig. Die Kemptener Notierung ist zuletzt mit 83—90, 73—78 und 66—70 unverändert belassen worden. Auch bei Limburger ist noch keine Besserung in der vor Weihnachten recht schwachen Marktlage eingetreten. Es wird aber erwartet, daß die Schmelzwerke, die in der letzten Zeit stark zurückgehalten haben, demnächst wieder am Markt erscheinen. Deshalb zeigen die Käsereien wenig Neigung, zu dem jetzigen überaus niedrigen Preis abzugeben. Kempten notierte für grüne Ware unverändert 20—23 Mark.

Das Eiergeschäft hat durch die Feiertage einige Belebung erfahren, die aber in ihrem Ausmaß hinter den Erwartungen zurückblieb. Immerhin war die Grundstimmung freundlich, und die Preise konnten sich in Süd- und Westdeutschland etwas befestigen, während in Norddeutschland Preisabbröckelungen zu beobachten waren.

Auf den Schlachtviehmärkten machte es sich fühlbar, daß von den Feiertagen noch viel Fleisch übrig geblieben war. Das Geschäft war daher im allgemeinen flau bei nachgebenden Preisen. Dies wurde namentlich in Stuttgart, Nürnberg, Frankfurt bei Rindern und Kälbern beobachtet, aber auch die Schweinepreise gingen hier zurück. Die Hammelpreise zogen leicht an und es besteht die Hoffnung, daß das Hammelgeschäft jetzt fester verläuft als vor Weihnachten, wenn auch wohl nicht mit einem Anziehen der Preise in dem Maß gerechnet werden kann, wie es in andern Jahren vor Ostern Regel war.

Das Obstgeschäft ist nach den Feiertagen ruhig geworden. Tafelbirnen, deren Bestände zur Neige gehen, haben gute Preise. Auf den Gemüsemärkten hat sich fühlbar gemacht, daß die Zufuhren aus Italien und Südfrankreich wegen Frostwetters kleiner wurden. Die Preise haben angezogen.

Reichsbankausweis vom 7. Januar

Weitere Abnahme des Goldbestands

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 7. Januar 1932 hat sich in der verflossenen Bankwoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 516,4 auf 4130,8 Mill. RM. verringert. Der Umlauf an Reichsbanknoten hat sich um 200,2 auf 4575,6 Mill. RM., derjenige an Rentenbankscheinen um 8,7 auf 413,3 Mill. Rm. verringert. Die fremden Gelder zeigen mit 417,2 Mill. RM. eine Abnahme um 337,7 Mill. RM. Die Goldbestände haben um 4,9 auf 979,0 Mill. RM. und die Bestände an deckungsfähigen Devisen um 10,9 auf 168,3 Mill. RM. abgenommen. Die Deckung der Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen beträgt 24,9 gegen 24,2 Proz. in der Vorwoche.

Der Kampf um das Gold

Das vergangene Jahr hat in seinem letzten Drittel angesichts der durch die Abkehr Englands von der Goldwährung ausgelösten allgemeinen finanziellen Unsicherheit einen mit solcher Schärfe bisher noch nie beobachteten Kampf um das Gold mit sich gebracht. Als „Sieger" gehen aus diesem Wettlauf in erster Linie Frankreich, die Schweiz, Holland und Belgien hervor. Diese vier Länder konnten ihre Goldbestände seit Mitte September 1931 um zusammen nahezu 800 Millionen Dollar vermehren.

Goldbestände in Mill. Dollar	Mitte Sept.	heute	Zunahme
Frankreich . . .	2296,2	2668,1	371,9
Schweiz . . .	234,5	443,6	209,1
Holland	267,3	356,7	89,4
Belgien	226,0	354,9	128,9
Summe . .	3024,0	3823,3	799,3

Das von den vier genannten Ländern aufgespeicherte Gold stammte in den Hauptsache aus Beständen der Zentralnotenbanken der Vereinigten Staaten, Deutschlands und Großbritanniens, die zusammen seit Mitte September per Saldo Goldverluste in Höhe von rund 670 Mill Dollar erlitten haben, wobei die Goldreserven Deutschlands verhältnismäßig am stärksten angegriffen wurden.

Goldbestände in Mill. Dollar	Mitte Sept.	heute	Abnahme
Ver. Staaten . .	3485,7	2980,9	504,8
Großbritannien .	660,4	587,8	72,6
Deutschland .	326,8	234,6	92,2
Summe . .	4472,9	3803,3	669,6

Große Goldverluste hat ferner noch Japan zu verzeichnen, das allein im letzten Drittel des Jahrs 1931 eine Goldmenge von 155 Mill. Dollar an die Vereinigten Staaten abgeben mußte und damit zu einer Wiederauffüllung der zeitweilig noch erheblich stärker, als er aus der Tabelle ersichtlich ist, zusammengeschrumpften Goldbestände Amerikas wesentlich beigetragen hat. Außerdem haben in bescheidenerem Umfang in den letzten Monaten auch Goldabzüge aus Kanada, Britisch-Indien, Australien und China stattgefunden.

•

Die Verordnung über die Preisauszeichnung

Die Verordnung des Reichskommissars über den Preisauszeichnungszwang bestimmt, daß sämtliche Mühlenerzeugnisse, Zucker, Kartoffeln, Salzheringe, sämtliche Speisefette, Käse, Kakao, Bohnenkaffee, Ersatzkaffee, Obst und Gemüse dem Preisauszeichnungszwang unterliegen. Die Preisauszeichnung hat in der Form zu erfolgen, daß alle Waren, die sichtbar ausgestellt sind, mit dem Preis für die übliche Verkaufseinheit und einer Qualitätsbezeichnung versehen sein müssen. Für die nicht sichtbar ausgestellten Waren muß in deutlich erkennbarer Form ein Preisverzeichnis ausgehängt werden.

Der Verband der Wäschereibetriebe hat sich bereit erklärt, für Groß-Berlin die Preise um durchschnittlich 10—20 Prozent zu senken und die ihm angeschlossenen Betriebe im Reich aufzufordern, eine ähnliche Senkung, mindestens aber von zehn Prozent durchzuführen. Auch mit den chemischen Waschanstalten sind Vereinbarungen über Preissenkungen erfolgt.

Deutschland auch heute noch das teuerste Land Europas

Aus der Veröffentlichung der Lebenshaltungskosten wichtiger Länder vom dritten Quartal 1931 in „Wirtschaft und Statistik" ergibt sich, daß in Deutschland die Preise für den notwendigen Bedarf gegenüber den anderen Ländern so überteuert sind, daß auch durch die Preissenkungen der letzten Wochen das deutsche Preisniveau noch nicht dem internationalen angeglichen werden konnte. Während die Meßzahl (1913 gleich 100) für die gesamte Lebenshaltung in Deutschland im Oktober 1931 auf 133 stand, betrug sie in Norwegen 125, in England 120, in Italien 117, in Frankreich 115, in Oesterreich 108 und in der Tschechoslowakei 97. Die Meßzahl für Ernährung allein betrug im gleichen Monat in Deutschland 123, in Frankreich 116, in Italien 116, in der Tschechoslowakei 103, in Norwegen 102, in Oesterreich 111 und in Großbritannien 97. Im November ist die Ernährungsmeßzahl in Deutschland nur um 1,1 Punkte, in Frankreich dagegen um 3 Punkte weiter gefallen. Daß die Preise in Deutschland noch mehr gesenkt werden können, wenn sie mit den übrigen europäischen Staaten Schritt halten wollen, sehen wir an dem Beispiel Englands. Dort war noch im Juli 1930 die Lebenshaltungsmeßzahl höher als in Deutschland. Sie betrug 157 gegenüber 149 in Deutschland. Bis Oktober 1931 jedoch war sie auf 120 gesunken, während dieselbe in Deutschland nur auf 133 gefallen war. In dem gleichen Zeitraum fiel in England die Ernährungsmeßzahl von 144 auf 97, in Deutschland dagegen von 146 auf 123. Dabei haben die Vieh- und Molkereierzeugnisse einen Tiefstand, der zum Teil weit unter den Vorkriegspreisen liegt. Die Ursache der teuren Lebenshaltung in Deutschland liegt zum großen Teil in der Ueberspannung der öffentlichen Abgaben.

Einzug der Umsatz- und Einkommensteuer-Vorauszahlungen

für das vierte Vierteljahr 1931

sowie katholische Kirchensteuer

von Dienstag den 12 bis Freitag den 15. Januar 1932 je vormittags 8½ bis 12 Uhr und nachm. 2 bis 5½ Uhr auf dem Rathause Zimmer Nr. 4.

Diejenigen Umsatzsteuerpflichtigen, welche monatliche Anmeldungen erhielten, haben die Umsatzsteuer **direkt an das Finanzamt** zu entrichten.

Bürgermeisteramt.

Turnverein Wildbad e. V.

Am Samstag den 23. Januar 1932, abends ½8 Uhr, findet im Vereinslokal zur „Alten Linde" die satzungsgemäße

Hauptversammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr.
2. Kassenbericht.
3. Eingegangene Anträge.
4. Ersatzwahlen.
5. Verschiedenes.

Anträge wollen bis Samstag den 23. Januar 1932, mittags 12 Uhr, beim 1. Vorsitzenden schriftlich eingereicht werden.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein **Der Vorstand.**

Wildbad, 10. Januar 1932.

Todes-✝-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Vater, Großvater, Schwiegervater, Schwager und Onkel

Philipp Eitel

Alt-Totengräber

im Alter von 85 Jahren sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung: Mittwoch nachmittag 2 Uhr, alter Friedhof.

Atelier für Fußpflege
Maria Benjamin, Pforzheim, Westliche 12, Tel. 1609.

Die beste Reklame ist und bleibt das Zeitungs-Inserat

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw